

1 **ZUKUNFTSLAND Sachsen-Anhalt**
2 Grundsatzprogramm
3 der Freien Demokratischen Partei Sachsen-Anhalt

4 **Inhaltsverzeichnis**

5	ZUKUNFTSLAND Sachsen-Anhalt.....	1
6	ZUKUNFT <i>bilden</i>	3
7	ZUKUNFT: früh bilden	3
8	ZUKUNFT: lernen und bilden	4
9	ZUKUNFT: ausbilden	6
10	ZUKUNFT: forschen und studieren	7
11	ZUKUNFT: lebenslang lernen.....	10
12	ZUKUNFT: vielfältig kulturell.....	11
13	ZUKUNFT: <i>arbeiten</i>	14
14	ZUKUNFT: wirtschaften.....	14
15	ZUKUNFT: arbeiten.....	16
16	ZUKUNFT: Landwirtschaft.....	18
17	ZUKUNFT: Landesentwicklung	19
18	ZUKUNFT: finanziell verantwortungsbewußt.....	20
19	ZUKUNFT <i>leben</i>	21
20	ZUKUNFT: Umwelt.....	21
21	ZUKUNFT: sicher und frei leben.....	23
22	ZUKUNFT: sportlich aktiv	25
23	ZUKUNFT: freie Kommunen.....	26
24	ZUKUNFT: ehrenamtlich aktiv – gesellschaftlich gefördert	28
25	ZUKUNFT: familiär und chancengerecht.....	29
26	ZUKUNFT: gesund bleiben & selbstbestimmt leben.....	31
27	ZUKUNFT: aktiv älter werden.....	32

28

1 **ZUKUNFTSLAND Sachsen-Anhalt**

2 Sachsen-Anhalt steht für Tradition und Kultur, aber auch für Erfindergeist und mutige
3 Reformen. Unser Bundesland ist reich an herausragenden historischen
4 Persönlichkeiten und Ort vieler Weltkulturerbestätten. Aber Sachsen-Anhalt ist nicht
5 nur ein Land der Tradition, es ist immer auch ein Land des Fortschritts gewesen.
6 Bahnbrechende Erfindungen haben von hier aus die Welt verändert. Für die
7 Kreativität der Sachsen-Anhalter scheint es keine Grenzen zu geben.

8
9 Dort wo unsere Wurzeln sind, gedeiht auch unsere Zukunft. Sachsen-Anhalt war das
10 Land der Erfinder und neuer Erfindungen, dies gilt es neu zu beleben. Die Zukunft
11 Sachsen-Anhalts heißt Bildung und Innovation. Denn die Stärken unseres Landes
12 sind die Kreativität, der Erfindergeist und der Tatendrang seiner Menschen. Auf diese
13 Stärken müssen wir aufbauen.

14

15 Jeder Mensch ist verschieden. Wir unterscheiden uns in der Erziehung, in
16 Fähigkeiten, Herkunft, Wissen, Problemen, Zielen und Glücksvorstellungen. Wir
17 streben von unterschiedlichen Positionen auf unterschiedlichen Wegen zu
18 unterschiedlichen Zielen. Die Aufgabe der Politik sehen wir darin, diesen
19 unterschiedlichen Lebensentwürfen und Glücksvorstellungen gleichberechtigt und
20 frei die Chance zur Verwirklichung zu schaffen.

21

22 Die Liberalen in Sachsen-Anhalt haben eine lange Tradition politischer
23 Verantwortung. Daran wollen wir weiterhin anknüpfen. Immer wenn Liberale
24 Verantwortung übernommen haben, ging es dem Land und seinen Menschen
25 besser. Das war nach 1945 so, nach der Gründung des Landes Sachsen-Anhalt mit
26 dem ersten liberaldemokratischen Ministerpräsidenten Professor Doktor Erhard
27 Hübener, in dessen Tradition wir uns sehen. Das war auch nach 1990 so, als es
28 darum ging den Aufbau im vereinten Deutschland voranzutreiben.

29

30 Wir Freien Demokraten stehen für Freiheit in Verantwortung, für Selbstbestimmtheit
31 statt Bevormundung, für weniger Staatsbürokratie und mehr Bürgerbeteiligung. Wir
32 wollen Chancen- und Leistungsgerechtigkeit für jeden.

33

1 Fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedergründung unseres Landes ist es an der Zeit in
2 die Zukunft zu schauen: wo soll Sachsen-Anhalt in 15 – 20 Jahren stehen, wo liegen
3 die Herausforderungen und welche Lösungen haben die Freien Demokraten
4 Sachsen-Anhalts für die Zukunft unseres Landes und zum Wohle seiner Menschen?
5

6 Dazu legen wir ein Grundsatzprogramm als Diskussionspapier für alle Bürgerinnen
7 und Bürger vor. Liberalismus ist die Freiheit des Einzelnen in ethischer, sozialer und
8 ökologischer Verantwortung.
9

10 Wir stehen zu unseren liberalen Wurzeln: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und
11 Demokratie. Diese liberalen Grundwerte haben uns auch in Zeiten historischer
12 Umbrüche Kraft zum Handeln gegeben. Wir wollen uns für eine bessere Zukunft
13 unseres Heimatlandes einsetzen.
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

1 **ZUKUNFT bilden**

2 **ZUKUNFT: früh bilden**

3 Chancengerechtigkeit für alle Bürger gehört zu den Grundzielen liberaler Politik. In
4 einer Wissensgesellschaft ist daher ein unbeschränkter Zugang zu Bildung
5 elementar. Die Bildungspolitik hat dabei in unserem Bundesland und in Deutschland
6 insgesamt versagt. In keinem Land ist der Bildungsweg eines Kindes in so hohem
7 Maße von den familiären Verhältnissen abhängig wie in Deutschland. **Liberale**
8 **Bildungspolitik setzt deshalb auf Bildung aus einem Guss.** Bildung muss im
9 frühkindlichen Alter beginnen und führt über die Schulabschlüsse bis hin zur
10 beruflichen Weiterbildung. Im Vordergrund muss ein integrierender Ansatz stehen,
11 der zu einer abgestimmten Vermittlung von Bildungsinhalten von den Kindergärten
12 bis zu den Sekundarschulen und Gymnasien führt.

13

14 In keiner Entwicklungsphase ist die individuelle Verantwortung der Eltern so groß,
15 wie in der frühkindlichen Bildung. Wir setzen auf die Kompetenz und Verantwortung
16 der großen Mehrzahl der Eltern. Aber wir wollen zusätzlich sicherstellen, dass auch
17 Kinder, deren Eltern ihnen nur in beschränktem Umfang den Zugang zu
18 Bildungsinhalten vermitteln können oder wollen, ein entsprechendes Angebot
19 erhalten. **Bildungszugang darf in Sachsen-Anhalt nicht vom Elternhaus**
20 **abhängen.**

21

22 Dabei orientieren wir uns am tatsächlichen Bedarf. Mit dem Kinderfördergesetz
23 haben wir die Grundlage für ein zukunftsfähiges System der Kinderbetreuung
24 geschaffen. Neben die klassischen Einrichtungen der Kinderkrippen und
25 Kindergärten ist das Modell der Tagesmütter und -väter getreten. Betriebliche
26 Kindergärten werden unterstützt. Zusätzlich zum hohen Betreuungsstandard wurde
27 das Element der frühkindlichen Bildung wieder gestärkt. Gerade der Bereich der
28 elementaren Bildung muss in den kommenden Jahren weiter entwickelt und auf die
29 modernen Anforderungen abgestimmt werden. Mit spielerischen, aber
30 zielorientierten, dem Entwicklungsstand der Kinder angemessenen Methoden sollen
31 in der elementaren Bildung das Sprach- und Zahlenverständnis gefördert und die
32 soziale Kompetenz, die Musikalität und schöpferische Kreativität der Kinder
33 entwickelt werden. Gleichzeitig sind Entwicklungsdefizite möglichst früh festzustellen
34 und wenn möglich aufzuholen. So müssen etwa verbindliche Sprachtests bereits mit

1 Beginn des 4. Lebensjahres stattfinden, um mögliche Defizite bis zum Schulanfang
2 abzubauen. Die Kooperation von Kindergarten und Grundschule muss noch viel
3 enger ausgebaut werden. Einen über die verpflichtenden Untersuchungen zur
4 Sprachentwicklung und zur Einschulung hinausgehenden Zwang zu
5 Vorsorgeuntersuchungen lehnen wir aber ab.

6

7 Bei der Betreuung der älteren Kinder wird in Zukunft eine umfangreichere
8 Vorbereitung der elementaren Bildungselemente durch die Erzieherinnen und
9 Erzieher erforderlich sein. Dazu bedarf es eines hohen fachlichen Niveaus der
10 Erzieher und Erzieherinnen. Hierfür wird eine Fachhochschulausbildung angestrebt.
11 Für die Arbeit in den Kindergärten sollen zukünftig Rahmenrichtlinien Maßstab der
12 Arbeit sein, deren Einhaltung überprüft wird.

13

14 **ZUKUNFT: lernen und bilden**

15 Das Bildungsziel muss die freie und gleiche Förderung aller Kinder in Sachsen-
16 Anhalt sein. Dabei müssen Leistungsstarke gefordert und Leistungsschwache und
17 Benachteiligte gefördert werden. Elitenbildung und Maximalförderung sind die zwei
18 Extremwerte einer ausgewogenen Bildungslandschaft.

19

20 **Liberaler begreifen Bildung als gemeinsame Aufgabe von Familie, Schule und**
21 **Gesellschaft, die ohne Kontinuität nicht zu bewältigen ist.** Fördern und Fordern
22 als Prinzip wird in den Einrichtungen aller Schulformen verankert. In den Schulen
23 wird nach modernen pädagogischen Prinzipien in Verantwortung der Lehrer ein
24 positiver Leistungsgedanke vermittelt.

25

26 **Die Schule muss sich als zentraler Teil der Gesellschaft begreifen und**
27 **ganztägig Angebote unterbreiten, dazu muss die personelle Ausstattung den**
28 **territorial unterschiedlichen Erfordernissen angepasst werden.** Die Schule
29 versteht sich als zentraler Teil des kommunalen Kulturnetzwerkes und öffnet sich für
30 vielfältige Formen des bürgerschaftlichen Engagements, damit wird gerade in
31 ländlichen Gebieten die Schule zum soziokulturellen Zentrum der Kommune.

32 Die soziale Begleitung ist Bestandteil aller Bildung, die staatliche Verantwortung
33 hierfür ist um die Schule zu bündeln. Die Kommunen schließen mit den Trägern der
34 Schulen Zielvereinbarungen ab, die einen zusätzlichen freiwilligen

1 Finanzierungsteil eröffnen, aber auch für die Schulen Mitwirkungsrechte und
2 Pflichten festlegen.

3

4 Alle Schulen stellen sich einem für die Eltern transparenten System der Evaluierung.
5 Die Ergebnisse sind öffentlich und helfen Eltern und Schulträgern bei der Bewertung
6 der Anstrengungen der Schulen Bildung zu vermitteln. Die Schulen stehen so in
7 einem Wettbewerb um Reputation. Die Basis bildet ein staatlich bestätigtes
8 wissenschaftliches Bewertungssystem, das Eltern hilft, verantwortungsbewusst über
9 den Bildungsweg ihrer Kinder zu entscheiden. Die Übergangsvoraussetzungen sind
10 in angemessenen Zeiträumen den Leistungsanforderungen anzupassen. Der Zugang
11 und der Verbleib im Bildungsweg sind für Liberale selbstverständlich
12 leistungsabhängig.

13

14 Die Schulträger sichern die Organisation der schulischen Bildung, gleichgültig ob
15 staatlich, kommunal, getragen durch Vereinigungen oder privat. Hinsichtlich der
16 finanziellen Förderung, Beaufsichtigung und Evaluierung sind alle Schulträger
17 gleich zu behandeln. Die Förderung erfolgt künftig nur noch als Subjektförderung.
18 Verbunden mit der Subjektförderung bekommen staatliche Schulen weitergehende
19 Autonomie, das heißt das Schulmanagement entscheidet in eigener Verantwortung
20 über die Verwendung des zugewiesenen Budgets und hat Personalhoheit. Der
21 Schulträger entscheidet über die Schulform. In der Verantwortung des Staates liegt
22 es, ein flächendeckend ausgewogenes Angebot entsprechend dem
23 Grundgesetzauftrag zu gewährleisten.

24

25 Schulleiter tragen die Verantwortung für die pädagogische Qualität und die
26 Entwicklung der Schule, sie sind Dienstvorgesetzte der Lehrer und Manager der
27 Schulen. Die Anstellung des pädagogischen Personals erfolgt beim Schulträger.
28 Lehrer werden leistungsgerecht entlohnt, die Tarife werden geöffnet. Im staatlichen
29 Bereich werden gestufte Verantwortungen realisiert, die sowohl finanziell als auch
30 hinsichtlich der Verantwortung Karrierewege eröffnen. Fortbildung ist für alle im
31 Bildungsbereich Tätigen verpflichtend unabhängig vom Schulträger. Die
32 Lehrerausbildung wird flexibilisiert, die gestufte Ausbildung mit hohem frühzeitigem
33 Praxisanteil wird Standard. Das Staatsexamen wird durch eine Universitätsprüfung
34 ersetzt.

1 Neben der staatlichen Finanzierung, die die Aufgaben der Bildung im vollen
2 Umfang sicherstellt, ist Schul sponsoring möglich. Jede Schule hat jährlich die
3 Finanzierung öffentlich zu machen. Es erfolgt die Etablierung eines finanziell gut
4 ausgestatteten Systems der Förderung benachteiligter Schüler. Im Bereich des
5 erhöhten Förderbedarfes sind besondere Anstrengungen und staatliche
6 Unterstützungen notwendig. Die unterschiedlichen Bedingungen zwischen Stadt
7 und Land sind durch besondere Ausgleichsförderung staatlich zu kompensieren.
8 Ländliche Bereiche erfordern höhere Aufwendungen und andere Normative.

9

10 **ZUKUNFT: ausbilden**

11 Eine gute Ausbildung ist eine wesentliche Voraussetzung für ein wirtschaftlich
12 erfolgreiches und persönlich befriedigendes Berufs- und Arbeitsleben. Dies ist im
13 Zuge der fortschreitenden Globalisierung und des rasanten technischen Fortschritts
14 noch deutlicher geworden. **Die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit liefert**
15 **eine gute Ausbildung, die hohe fachliche Qualität mit hoher Flexibilität im**
16 **Einsatz kombiniert.**

17

18 Die Grundlagen dafür werden in den allgemein bildenden Schulen gelegt. Wir
19 brauchen ein differenziertes Schulangebot, das hohe Qualität in der
20 Allgemeinbildung kombiniert mit fortgeschrittenen Kenntnissen in
21 Naturwissenschaften und Sprachen.

22

23 Wir bekennen uns zum „dualen System“ der Berufsausbildung. Aus unserer Sicht
24 sollte eine Weiterentwicklung des „dualen Systems“ in drei Richtungen erfolgen:

- 25 • Die **Profile der Ausbildungsberufe** müssen – konsequenter als bisher – den
26 Anforderungen des Arbeitsmarkts angepasst werden. Technischer Fortschritt
27 und Globalisierung erfordern eine ständige Weiterentwicklung der
28 Ausbildungsinhalte und –strukturen, damit junge Menschen mit
29 Fachkenntnissen ausgestattet sind, die ihnen den bestmöglichen Einstieg in
30 eine erfolgreiche Laufbahn und ein späteres Weiterlernen erlauben.
- 31 • Die **Durchlässigkeit zwischen Berufen** muss verbessert werden. Bei den
32 sich ständig wandelnden Anforderungen am Arbeitsmarkt müssen junge
33 Menschen so ausgebildet werden, dass sie - relativ schnell und flexibel - in
34 neue Aufgaben hineinwachsen können. Es muss deshalb bereits bei der

1 Ausbildung darauf geachtet werden, dass neben Spezialkenntnissen das
2 nötige fachliche Grundwissen vermittelt wird, das zur Flexibilität im Einsatz
3 befähigt.

- 4 • Die **Motivation zur Meisterausbildung** muss erhöht werden. Gerade im
5 Bereich des Handwerks und der industriellen Fertigung bedarf es einer
6 Führungselite, die ihre fachlichen und ökonomischen Kenntnisse an künftige
7 Generationen weiter trägt und eigene Unternehmen gründet. Nur so ist ein
8 nachhaltiges Fortbestehen der – typisch deutschen – Qualitätstradition in
9 Handwerk und Industrie gesichert.

10
11 Die Berufsausbildung ist eine der wesentlichen Zukunftsinvestitionen, nicht nur jedes
12 Unternehmens, sondern auch für unsere Wirtschaft und Gesellschaft als Gesamtheit.
13 Wenn wir von der Grundüberzeugung ausgehen, dass es in der Verantwortung der
14 Wirtschaft liegt, ihren eigenen Fachkräftenachwuchs primär auch selbst auszubilden,
15 dann darf das nicht durch staatlich dirigistische Maßnahmen erschwert werden. Die
16 Politik muss vielmehr durch ihre Gesetzgebung und Verordnungen einen Rahmen für
17 eine moderne Berufsausbildung schaffen.

18
19 Die FDP setzt sich für ein "Bausteinprinzip" der beruflichen Aus-, Weiter- und
20 Fortbildung ein, in dem in zweijähriger Berufsausbildung vermittelte Basisberufe
21 ebenso einen Platz haben wie die in dreijähriger Ausbildung. Ein solches System
22 realisiert mit seinem horizontalen und vertikalen Durchgängigkeitsprinzip die
23 Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Ausbildung. Es gibt besonders
24 befähigten Jugendlichen die Chance, eine ihrem Leistungsvermögen adäquate
25 Berufsausbildung mit Spezialisierungsrichtungen in zwei- oder dreijährigen
26 Ausbildungsgängen zu absolvieren. Lernschwächeren Schülern soll durch eine
27 grundmodulare Ausbildung eine zweite Chance gegeben werden.

28 29 **ZUKUNFT: forschen und studieren**

30 Von der Innovationsbereitschaft der Menschen, ihrem Wagemut und ihrer
31 Qualifikation hängen Wohlstand, Sicherheit und Zukunft unseres Landes ab.
32 Sachsen-Anhalt und seine Nachbarn sollten sich auf ihre wissenschaftlichen und
33 wirtschaftlichen Potentiale besinnen und diese auch konsequent für die Stärkung

1 ihrer Wirtschaftskraft nutzen. **Liberale stehen für die Freiheit der Forschung im**
2 **Dienst des Menschen.**

3
4 Eine moderne Forschungspolitik muss die Rahmenbedingungen für eine exzellent
5 arbeitende Wissenschaft und Forschung und damit auch für Innovationen schaffen.
6 So trägt sie letztendlich Verantwortung für das Entstehen neuer Arbeitsplätze.
7 Sachsen-Anhalt muss der Forschungsförderung noch mehr Aufmerksamkeit als
8 bisher schenken. An einem hoch entwickelten Industriestandort mit hohen Lohn- und
9 Arbeitskosten kann der Wohlstand nur durch Innovationen, also neue Technologien,
10 Verfahren und Produkte gesichert werden.

11
12 Eine kraftvolle Forschungs- und Innovationsstrategie muss der Wissenschaft und der
13 Wirtschaft Impulse für Investitionen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung
14 geben.

15
16 Sachsen-Anhalt ist mit seinen Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitären
17 Forschungseinrichtungen ein Land mit beachtlichen Potentialen und Chancen. Daher
18 setzen wir auf Innovation und auf vorhandene Stärken. Zur Erreichung einer hohen
19 Erneuerungsquote bedarf es intensiver Aktivitäten im Bereich der
20 Grundlagenforschung an den Hochschulen und außeruniversitären
21 Forschungseinrichtungen. Sachsen-Anhalt weist eine gute Ausstattung mit derartigen
22 Einrichtungen auf, die es langfristig zu erhalten und zu verknüpfen gilt, wobei der
23 Profilierung Vorrang vor Neuansiedlung zu geben ist. Jegliche politische
24 Einflussnahme auf Themen und Inhalte ist zu verhindern.

25
26 Parallel zum Ausbau der staatlichen Forschung sind Initiativen zum Ausbau von
27 Forschung und Entwicklung in den Unternehmen zu entwickeln. Langfristig kann die
28 Konkurrenzfähigkeit der sachsen-anhalter Firmen und Standorte nur über
29 Produktinnovationen gesichert werden.

30
31 **Liberale lehnen ideologische Festlegungen und Eingrenzungen in der**
32 **Forschungsförderung, etwa bei der Kerntechnologie oder der Bio- und**
33 **Gentechnologie, ab.**

1 Die Forschungspolitik wird auf Dauer nur dann erfolgreich sein, wenn sie einerseits
2 der Grundlagenforschung die gebotenen Freiheitsräume einräumt, andererseits aber
3 auch die Implementierung der so gewonnenen Erkenntnisse in weitere Forschungen
4 und Entwicklungen nicht behindert, sondern fördert. Wir setzen auf Chancen, statt
5 einseitig die Risiken zu betonen.

6

7 Die Universitäten und Fachhochschulen erhalten in allen Bereichen die
8 größtmögliche Autonomie. Zwischen Staat und Hochschulen werden
9 Zielvereinbarungen über die Leistungserbringung abgeschlossen. Eine wichtige
10 Aufgabe der Hochschule ist die exzellente Lehre, hierzu sind geeignete Kontroll-,
11 Steuerungs- und Leistungsanreize zu setzen. Die Bildungsangebote der
12 Hochschulen werden akkreditiert von unabhängigen Instanzen. Die Zulassung der
13 Studienangebote ist befristet und unterliegt einer ständigen transparenten
14 Evaluierung.

15

16 Hochschullehrer sind beim Träger angestellt, eine Verbeamtung im staatlichen
17 Bereich ist in Zukunft nicht notwendig. Wissenschaftliche Leistungen, die an
18 Hochschulen erarbeitet werden, sind von den Hochschulen zu verwerten. Die
19 Urheber sind entsprechend zivilrechtlich zu beteiligen. Hochschullehrer an
20 staatlichen Hochschulen unterliegen keiner Beschränkung bei Nebentätigkeiten.

21

22 In der Hochschulfinanzierung wird von der Objekt- auf die Subjektförderung
23 umgestellt. Das Humboldtsche Prinzip der Einheit von freier Lehre und freier
24 Forschung ist Grundlage des universitären staatlichen Hochschulangebotes. Die
25 Finanzierung erfolgt neben der Subjektförderung im Hochschulbereich durch eine
26 spezielle, wettbewerblich organisierte Forschungsförderung. Dabei werden alle
27 Träger grundsätzlich gleichgestellt. Hochschulsponsoring ist ein Mittel zur
28 Finanzierung von Hochschulen. Ein jährlicher Finanzbericht macht die Finanzierung
29 öffentlich und transparent. Hochschulen verstehen sich als Unternehmen und
30 Unternehmensbeteiligungen sind uneingeschränkt möglich. Der Hochschulbau ist
31 Aufgabe des Trägers der Hochschule. Für die Zulassung und Akkreditierung sind
32 durch das Land vorgegebene Normative zu erfüllen.

33

1 Studiengebühren sind ein in Verantwortung der Hochschulen zu steuerndes
2 Instrument der Finanzierung der Lehre. Sie werden sozialverträglich und nach dem
3 Studium erhoben. Hochschulen können ein Stipendiensystem auf der Basis der
4 Einnahmen aus den Studiengebühren entwickeln. Die Hochschulen sind Teil des
5 internationalen Hochschulmarktes. Akademische Weiterbildung ist ein Teil des
6 Angebotskatalogs der Hochschulen.

7

8 **ZUKUNFT: lebenslang lernen**

9 Sich bilden und weiterbilden endet nicht mit dem Eintritt ins Berufsleben, sondern
10 setzt sich gerade dort fort. Heute und in den kommenden Jahren wird es immer
11 wichtiger sich weiter zu qualifizieren – für das Berufs- und das Privatleben.

12

13 Im Privaten soll den Bürgern unseres Landes, an Volkshochschulen und anderen
14 Bildungsträgern, die Möglichkeit der Weiterbildung gewährleistet werden. Hierfür gilt
15 es auch in Zukunft in der Fläche entsprechende Angebote zu unterbreiten. Bildung
16 ist Gemeinschaftsaufgabe, deshalb muss das Land die Kommunen hierbei
17 unterstützen. Dabei sollen sich die staatlichen Bildungsträger dem Wettbewerb mit
18 den privaten stellen. Dennoch ist zu beachten, dass Lebenslanges Lernen im
19 privaten Bereich in erster Linie eine Aufgabe bleibt, welche durch Eigeninitiative
20 geprägt ist.

21

22 Für das Berufsleben gilt mehr als je zuvor: **Der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit**
23 **kann nicht durch Gesetze gewährt werden; der beste Schutz vor**
24 **Arbeitslosigkeit ist die lebenslange Förderung der fachlichen Qualifikation des**
25 **Arbeitnehmers.** Gerade in einer sich beständig wandelnden Arbeitswelt darf die
26 Qualifikationsphase nicht mit dem Ende der Ausbildung oder des Studiums
27 abgeschlossen sein. Die Liberalen setzen sich deshalb für einen großen Schritt in
28 Richtung lebenslanges Lernen ein. Dieses Lernen darf sich nicht auf dem Niveau der
29 bisherigen Weiterbildungsmaßnahmen abspielen, sondern muss von Anspruch und
30 Einsatz geprägt sein. Um das gewünschte Niveau zu gewährleisten, werden die
31 Veranstaltungen je nach Zielgruppe in der Regel von Berufsschulen, Fachhoch-
32 schulen und Universitäten angeboten. Hierbei gilt es den Arbeitnehmern eine
33 qualifizierende Weiterbildung zu ermöglichen und ihnen in Abhängigkeit von ihrer
34 Qualifikation den Zugang zu den verschiedenen Bildungsträgern zu ermöglichen.

1 **ZUKUNFT: vielfältig kulturell**

2 Kunst und Kultur sind eine unverzichtbare Quelle von Identität und Kreativität. Sie
3 vermitteln wichtige Impulse für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.
4 Kultur und Demokratie sind aufs Engste miteinander verknüpft - beide brauchen den
5 freien und mündigen Bürger.

6

7 Auf dem Territorium Sachsen-Anhalts steht die Wiege der deutschen Kultur. Entlang
8 der „Himmelswege“ und der „Straße der Romanik“ begegnen uns
9 kulturgeschichtliche Höhepunkte in reicher Zahl. Aber auch viele andere Orte
10 verfügen über historische Stadt- und Dorfkern mit wertvollen Baudenkmalen, die
11 wichtige Ankerpunkte lokaler Identitäten darstellen. Diese Stätten des Wirkens
12 unserer Vorfahren geben den nachfolgenden Generationen Orientierung und
13 bestimmen unser Umfeld. Zugleich leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur
14 touristischen Attraktivität unseres Landes. Denkmalschutz und Denkmalpflege
15 müssen daher von ihrem Image als Investitionsbremse und Kostenverursacher
16 befreit und in ihrer Rolle als Kulturstifter und Ideenreservoir noch stärker gewürdigt
17 werden.

18

19 Der Bewahrung und Pflege des reichen kulturellen Erbes unseres Landes fühlen sich
20 die Liberalen in besonderem Maße verpflichtet. Zugleich verfügt Sachsen-Anhalt
21 auch im aktuellen Kunstschaffen über beachtliche Potentiale, die es gezielt zu
22 fördern und weiterzuentwickeln gilt.

23

24 Da Hochkultur nicht kostendeckend angeboten werden kann, bedarf es der
25 Unterstützung durch das Land und die Kommunen. Theater und Orchester gehören
26 für Liberale zur Grundversorgung. Es darf keine Konzentration auf die drei
27 Oberzentren geben. Dort allerdings muss sich hohe Qualität finden. Zu einer breiten
28 Kulturlandschaft gehören auch die vielen Kultur- und Kulturfördervereine.

29

30 Soziokultur ist entsprechend ihrem Ursprung staatsfern und lokal initiiert. Eine
31 Unterstützung sollte durch Bereitstellung von Gebäuden, aber nicht durch direkte
32 finanzielle Zuwendungen, die Abhängigkeiten schaffen, gegeben werden.

33

1 Mit der Hochschule Burg Giebichenstein besteht eine wichtige Ausbildungsstätte für
2 bildende Künstler in Sachsen-Anhalt, deren weitere fachliche Profilierung positiv
3 begleitet wird. Bildenden Künstlern wird durch Galerien und Unterstützung von
4 Marketingaktionen Förderung zuteil. Ebenso verdient die Hochschule für
5 Kirchenmusik dauerhafte staatliche Zuschüsse ob ihrer Aufgabe der Ausbildung
6 junger Musiker.

7

8 Die kulturelle Bildung ist aus liberaler Sicht eine wichtige Investition in die Zukunft.
9 **Mit der Vermittlung kultureller Werte und künstlerischer Fähigkeiten werden**
10 **Kinder und Jugendliche zu eigenständigem und verantwortungsbewusstem**
11 **Handeln befähigt.** Aus- und Weiterbildungsangebote im Bereich der bildenden und
12 der darstellenden Künste, Musik- und Ballettschulen sowie die klassischen
13 Volkshochschulkurse vermitteln in vielfältiger Form Wissen und Kreativität, das die
14 Menschen zum aktiven Teilnehmen an der freiheitlichen Bürgergesellschaft befähigt.
15 Für Liberale ist dabei die Wahrung der Chancengerechtigkeit zwischen privaten und
16 öffentlichen Einrichtungen wichtig, um aus der Konkurrenzsituation heraus
17 bestmögliche Ergebnisse zu erreichen.

18

19 Die Entdeckung der Kulturwirtschaft durch die Politik als fruchtbringende Chimäre
20 von Kultur und Geschäft eröffnet neue Möglichkeiten. Insbesondere die
21 Wirtschaftsförderung sollte den Kunstschaffenden als Selbständigen
22 gleichbehandeln, wobei sich das Kultusministerium vom Bild des von staatlichen
23 Zuschüssen abhängigen Künstlers trennen muss. Für Künstler, Galeristen, Kunst-
24 oder Musiklehrer soll es einfache Steuerregeln geben, die insbesondere vielfach
25 lange Vorbereitungsphasen und aperiodische Einnahmen berücksichtigen. Zur
26 Bereitstellung einer bezahlbaren Sozialversicherung für Künstler muss die
27 Künstlersozialkasse in ihrer Struktur erhalten bleiben.

28

29 Bei aller Anerkennung der wichtigen Rolle der Verwertungsgemeinschaften müssen
30 Verfahren gefunden werden, die eine Verwertung von Gedankengut zulassen, ohne
31 Unwissende zu kriminalisieren oder aktiven Künstlern mehr Büroarbeit als
32 künstlerische Betätigung zumuten.

33

1 In der Gestaltung des Deutsch-Unterrichts muss stärker junge Literatur aus dem
2 Land Berücksichtigung finden, um die Interessen der Schüler besser anzusprechen
3 und neuen Autoren eine Empfehlung zu geben. Mittels Wettbewerbs-Preisen und
4 kleinen Jahresstipendien können junge Autoren bei der Marktetablierung unterstützt
5 werden. Bislang unterschätzt ist die Rolle der Verlage bei der Prägung des
6 Buchangebots.

7

8 Entsprechend der Aussage des Kulturrates zählt für Liberale auch die Branche der
9 Computerspielentwicklung zur Kultur. In der Verknüpfung von exzellentem
10 Kunstschaffen und großem wirtschaftlichen Erfolg ergeben sich für Künstler der
11 „electronic art“ umfangreiche Beschäftigungspotentiale, die nicht durch übertriebene,
12 unkalkulierbare Indizierung in ihrer Marktentwicklung behindert werden dürfen. Die
13 Ausbildung zum „Games-Designer“ sollte auch an sachsen-anhaltischen
14 Hochschulen möglich sein, um den Nachwuchs für die Industrie bereitzustellen.

15

16 Leider gehören die Funk- und Fernsehmedien kaum noch zum Kulturbereich, wenn
17 man von ihrer tatsächlichen Qualität, nicht von ihrem Anspruch ausgeht. Liberale
18 bekennen sich zum dualen Rundfunksystem in Deutschland. Um der Kultur einen
19 angemessenen Raum zu sichern, muss die Politik bei den gebührenfinanzierten
20 Anstalten die Aufgabe der Grundversorgung der Bevölkerung durch den öffentlich-
21 rechtlichen Rundfunk betonen. Gleichzeitig ist kommerziellen Radio- und
22 Fernsehangebietern der Weg in die Fläche zu ebnen. Die FDP bekennt sich zur
23 Abschaffung der GEZ und zur Umstellung der Rundfunkgebühren auf ein
24 nutzungsabhängiges System. Die Arbeit der Landesmedienanstalten ist künftig im
25 mitteldeutschen Raum länderübergreifend zu organisieren.

26

27 Die Bürgermedien – offene Kanäle und nicht nichtkommerzielle Lokalradios – bieten
28 den Bürgern auf der Grundlage der entsprechenden Gesetzlichkeiten die kostenfreie
29 Möglichkeit, selbstbestimmt und eigenverantwortlich Beiträge in freier
30 Meinungsäußerung zu gestalten. Sie sind Orte lokaler Kommunikation, geben
31 Impulse für soziale und kulturelle Aktivitäten und fördern die Integration. Daher ist die
32 Arbeit der Bürgermedien unverzichtbar und bedarf der weiteren Förderung. Liberale
33 treten für Pluralität in Glaubens- und Weltanschauungsfragen ein, erwarten von allen
34 Bürgerinnen und Bürgern eine Bejahung von Grundgesetz und Landesverfassung

1 sowie gegenseitigen Respekt. Der schmale Grat zwischen Ausschöpfung eigener
2 persönlicher Meinungsäußerung und Beeinträchtigung anderer Anschauungen muss
3 gesucht werden. Dass religiöse Unterschiede in der Debatte um die Integration von
4 Zuwanderern verwendet werden, bleibt eine besondere Gefahr. Toleranz zeigt sich
5 meistens im Umgang mit Minderheiten. Sie darf nur eingefordert werden, wenn sie
6 zugleich gewährt wird. Die Reformationsdekade bis zum Reformationsjubiläum 2017
7 muss als Chance begriffen werden, unser Land mit seiner reichen kulturellen
8 Tradition nach außen zu präsentieren, zugleich nach innen Zeichen für Toleranz und
9 Weltoffenheit zu setzen.

10

11

12 **ZUKUNFT: *arbeiten***

13 **ZUKUNFT: wirtschaften**

14 **Die FDP ist die Partei der Freien und Sozialen Marktwirtschaft.** Leitprinzip ist
15 dabei die Vertrags- und Koalitionsfreiheit, wie sie das Grundgesetz garantiert.

16

17 Motor unserer Volkswirtschaft ist der Mittelstand, sind die kleinen und mittleren
18 Unternehmen, das Handwerk und die freien Berufe. Sie gewährleisten einen
19 wirkungsvollen Wettbewerb, der den Bedürfnissen der Verbraucher optimal gerecht
20 wird. Die FDP in Sachsen-Anhalt wird den Mittelstand wieder ins Zentrum der
21 Wirtschaftspolitik rücken, um verbesserte Rahmenbedingungen für neue
22 Arbeitsplätze zu schaffen.

23

24 Kern liberaler Wirtschaftspolitik bedeutet: weniger Staat und mehr unternehmerische
25 Freiheit. Kleine und mittlere Unternehmen werden durch die ausufernde Bürokratie
26 immer stärker belastet. Staatliche Bürokratie ist ein Hindernis für den
27 unternehmerischen Erfolg. Bürokratieabbau und Deregulierung mit einem
28 systematischen, ordnungspolitischen Gesamtansatz sind für uns Liberale deshalb
29 zentraler Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik.

30

31 Die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes sind wichtige Wachstumsträger
32 unseres Landes. Sie schaffen Arbeitsplätze, gewährleisten Innovationen und
33 Exportkraft und stärken den Dienstleistungssektor. Die industrielle Basis und
34 Unternehmensdichte sind in Sachsen-Anhalt aber nach wie vor zu gering. Deshalb

1 muss eine professionelle Ansiedlungs- und Investitionspolitik unter Nutzung der
2 logistischen Standortvorteile offensiv weitergeführt werden. Die zentrale Lage, die
3 inzwischen hervorragende Verkehrsinfrastruktur und die industriellen Kerne, die sich
4 insbesondere in der Lebensmittelindustrie, der Chemie, dem Maschinenbau und der
5 Automobilzuliefer-Branche gebildet haben, bieten hierfür gute Voraussetzungen.

6

7 Ziel liberaler Wirtschaftspolitik muss es deshalb sein, die Bedingungen für weitere
8 Unternehmensansiedlungen sowie die Investitions- und Innovationsbereitschaft von
9 bestehenden Unternehmen zu verbessern, um Wachstum und Beschäftigung zu
10 befördern. **Investitionen müssen durch Deregulierung, kurze**
11 **Genehmigungsverfahren und klare Entscheidungsstrukturen erleichtert**
12 **werden.** Effektive Instrumente einer den globalen Herausforderungen angepassten
13 Außenwirtschaftspolitik müssen dabei insbesondere auch den kleinen und mittleren
14 Unternehmen zugute kommen. Das Land braucht eine neue Unternehmerkultur,
15 deshalb müssen die Anreize für Unternehmensgründungen verbessert werden.

16

17 Forschung und Entwicklung sind mitentscheidend für die wirtschaftliche Zukunft
18 Sachsen-Anhalts. Unternehmen brauchen Innovationen, sie benötigen neue
19 Technologien und Produkte, um wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. ihre
20 Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Zentrales Anliegen liberaler Wirtschaftspolitik ist
21 es deshalb, den Zugang bestehender Unternehmen zu Innovationen zu fördern.
22 Gleichzeitig die Bedingungen für neue innovative Unternehmensgründungen und
23 Ansiedlungen zu verbessern sowie die Kooperation von Wissenschaft und
24 Wirtschaft deutlich zu erleichtern. Zukunftsorientierte Querschnittstechnologien, wie
25 die Bio- und Nanotechnologie, bei denen Sachsen-Anhalt über ausgezeichnete
26 Wissenschaftsinfrastrukturen verfügt, bieten Alleinstellungsvorteile, die genutzt
27 werden müssen.

28

29 Förderpolitik ist ein wichtiges Instrument, um Wirtschaftspolitik zu gestalten. Anliegen
30 liberaler Förderpolitik ist es, die nicht zu durchschauende Programmvielfalt drastisch
31 zu reduzieren. **Wirtschaftsförderung sollte sich auf Investitions- und**
32 **Forschungsförderung beschränken.** Die Innovationsförderung muss als
33 Zuschussförderung konsequent weitergeführt, aufgestockt und an die Bedürfnisse
34 der Unternehmen angepasst werden. Ein Innovationsfonds muss konsequent auf

1 unternehmerische Innovationen ausgerichtet sein und die Zuschussmöglichkeiten
2 durch Darlehensgewährung ergänzen.

3
4 Die FDP setzt sich für die Stärkung von Wettbewerb und Investitionen im
5 Energiemarkt ein. Einseitige Bevorzugung einzelner Energieformen verteuern den
6 Strompreis und führen zu Abhängigkeiten. Die Liberalen treten für einen Energiemix
7 und technologischen Fortschritt ein. Besondere der Entwicklung von neuen
8 Energiespeichertechnologien und der effektiveren Nutzung der erzeugten Energie
9 durch „virtuelle Kraftwerke“ kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Auch aufgrund
10 staatlich verursachter Belastungen haben die Energiepreise inzwischen ein Niveau
11 erreicht, das die Wettbewerbsfähigkeit der in Sachsen-Anhalt produzierenden
12 Unternehmen einschränkt und die Kaufkraft der privaten Haushalte spürbar
13 beeinträchtigt. Wir setzen uns für eine bundesweite Umlage der entstehenden
14 Kosten für den EEG-bedingten Netzausbau ein. Die Schaffung einer breiten
15 kommunikationstechnischen Infrastruktur erkennen wir als bedeutsamen
16 Standortfaktor für ganz Sachsen-Anhalt an. **Versorgungssicherheit,**
17 **Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sind die energiepolitischen Ziele**
18 **an denen wir uns orientieren müssen.**

19 20 **ZUKUNFT: arbeiten**

21 Arbeit ist eine wichtige Grundlage der verantwortlichen und selbstbestimmten
22 Lebensgestaltung. Für den Arbeitsmarkt gelten **drei liberale Grundsätze:**

- 23 • möglichst viel **Freiheit und Eigenverantwortung** für die Menschen in der
24 Gestaltung ihres Berufs-, Erwerbs- und Arbeitslebens. Dies bedeutet
25 insbesondere: Vereinfachung des überregulierten und komplizierten
26 deutschen Arbeitsrechts.
- 27 • **tarifvertragliche Regelungen** für alle Unternehmen und ihre Beschäftigten,
28 die sie wünschen und vereinbaren, aber nicht für diejenigen, die sie ablehnen;
- 29 • staatliche Einschränkungen der persönlichen Gestaltungsfreiheit nur dort, wo
30 es **Rechts- und Sozialstaat** unabweisbar erfordern.

31
32 Die FDP sieht in der nachhaltigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine zentrale
33 politische Aufgabe. Nur durch mehr Beschäftigung kann das Teilhaben möglichst
34 vieler Menschen am wirtschaftlichen Wohlstand und am gesellschaftlichen Leben

1 erreicht werden. **Um mehr Beschäftigung zu schaffen, braucht unser Land mehr**
2 **Wachstum**
3 **durch:**

- 4 • **Senkung der Steuern- und Abgabenlast,**
- 5 • **Verbesserung der Schulbildung und der beruflichen Qualifikation,**
- 6 • **Stärkung der Forschungs- und Innovationskraft der Hochschulen und**
7 **der Wirtschaft,**
- 8 • **Deregulierung der Märkte.**

9
10 Die FDP ist der Überzeugung, dass starkes wirtschaftliches Wachstum bei
11 moderaten Lohnabschlüssen auf Dauer das beste Mittel ist, um die Arbeitslosigkeit
12 nachhaltig zu senken. Die Liberalen sehen dringlichen Handlungsbedarf, dass auch
13 Geringqualifizierte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückfinden.

14
15 Die FDP steht zum Modell des Bürgergeldes. Wir befürworten auch all jene Modelle
16 der Steuergutschrift für niedrige Einkommen, die der Grundphilosophie des
17 Bürgergeldes folgen, sich aber in der Ausgestaltung von ihm unterscheiden.

18
19 Die FDP tritt für eine deutliche Verbesserung der Effizienz in der Arbeitsvermittlung
20 durch weitergehende Privatisierung und Kommunalisierung ein.

21
22 Solange das Bürgergeld noch nicht eingeführt ist, befürwortet die FDP – als
23 Übergangslösung - den Einsatz von gezielten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten,
24 die für arbeitslose Erwerbspersonen die Vermittlungschancen verbessern und die
25 Aufnahme einer Beschäftigung erleichtern. Voraussetzung ist allerdings, dass die
26 Maßnahmen strikt befristet sind und auf sozialversicherungspflichtige
27 Arbeitsverhältnisse in der privaten Wirtschaft abzielen. Ein gängiges Beispiel dafür ist
28 das Einstiegsgeld in verschiedenen Varianten für strukturell benachteiligte
29 Problemgruppen.

30
31 Wir setzen auf Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt, der zweite und dritte
32 Arbeitsmarkt sind für uns Instrumente der Sozialpolitik und sollen der Integration von
33 Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt dienen. Sie sind nicht akzeptabel,
34 wenn sie die Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt vermindern

1 und in Konkurrenz mit regulären Arbeitsplätzen in der Wirtschaft oder im Non-Profit-
2 Sektor stehen.

3

4 **ZUKUNFT: Landwirtschaft**

5 Die Land- und Forstwirtschaft ist ein eigenständiger Bestandteil der Wirtschaft.
6 Sachsen-Anhalt ist ein exponierter, traditionsreicher Agrarstandort. Die Magdeburger
7 Börde ist als Ackerstandort europaweit ebenso bekannt wie die Saatzuchtregion um
8 Quedlinburg. Das Gleiche gilt für die intensiv bewirtschafteten, hervorragenden
9 Böden um Halle (Saale), wo ebenfalls großstrukturierte Agrarbetriebe mit einem hoch
10 motivierten und bestens ausgebildeten Personal wirtschaften. Einen besonderen
11 Stellenwert hat auch die Unterstützung der Kulturlandschaft des Terrassenbaus an
12 Saale und Unstrut als nördlichstem geschlossenem Weinbaugebiet Europas.

13

14 **Ziel liberaler Agrarpolitik muss sein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten,**
15 **dass landwirtschaftliche Unternehmen den überwiegenden Teil ihrer Erlöse auf**
16 **dem freien Markt erwirtschaften.** Wir müssen in Zukunft stärker darauf achten die
17 Veredlungsketten im eigenen Land aufzubauen, um die Wertschöpfung zu erhöhen
18 und um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Kein Betrieb wirtschaftet gegen seine eigene
19 Nachhaltigkeit und seinen Fortbestand. Für die unternehmerische Landwirtschaft,
20 wird es zukünftig in der neuen, gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) keine
21 staatlichen Aufkäufe (Interventions- und Preisstützungskäufe) als Absatzgarantie
22 mehr geben. Die gemeinsame Agrarpolitik muss sich stärker an den Grundsätzen
23 der sozialen Marktwirtschaft ausrichten. Liberale stehen für mehr
24 Eigenverantwortung und für einen drastischen Bürokratieabbau. Erst dann profitieren
25 Verbraucher von qualitativ hochwertigen und preisgünstigen Lebensmitteln. Dies gilt
26 für Produkte aus der Heimat und aus allen Regionen der Welt.

27

28 Die Forstwirtschaft ist ein eigenständiger Wirtschaftszweig, die sich im freien Markt
29 bewähren muss. Ziel liberaler Forstpolitik muss es sein, vor allem dem Privatwald
30 und dessen Eigentümern eine optimale Bewirtschaftung durch eigenständige,
31 staatlich unabhängige und frei auf dem Markt agierende
32 Forstbetriebsgemeinschaften zu gewährleisten.

33

1 Bei der Bewältigung der großen Herausforderungen des Klimawandels und
2 Sicherung der Ernährungsgrundlage für die Menschen kommt der Landwirtschaft
3 eine zentrale Rolle zu.

4 5 **ZUKUNFT: Landesentwicklung**

6 Als Flächenland weist Sachsen-Anhalt differenzierte Strukturen auf. Obwohl der
7 Staat nicht in der Lage ist, überall gleiche Lebensverhältnisse herzustellen, muss er
8 sich für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen einsetzen. **Insbesondere**
9 **sollen in allen Teilen des Landes öffentliche und private Dienstleistungen in**
10 **zumutbarer Erreichbarkeit angeboten werden.**

11
12 Städtebauliche Entwicklungskonzepte müssen den demographischen
13 Herausforderungen Rechnung tragen und zugleich die Attraktivität des Lebens und
14 Arbeitens in Sachsen-Anhalt erhöhen. In diesem Sinne soll der Einsatz von
15 Fördermitteln auf die Stärkung wertvoller baulicher Strukturen in den historischen
16 Stadt- und Dorfkernen konzentriert werden, deren Bedeutung für die touristische
17 Anziehungskraft unseres Landes zunehmend erkannt wird.

18
19 Auf Grund des demographischen Wandels unvermeidbare Schrumpfungsprozesse in
20 den Mittel- und Oberzentren sind als Chance für eine behutsame Stadtreparatur zu
21 begreifen. So können durch den gezielten Rückbau kompletter Plattenbau-Quartiere
22 an den Stadträndern soziale Brennpunkte entschärft und der Wohnungsmarkt in den
23 Innenstädten stabilisiert werden. Bei entsprechendem Bedarf besteht die Möglichkeit,
24 ehemalige Plattenbau-Areale zu parzellieren und für den Eigenheimbau zur Verfügung
25 zu stellen. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum, was zu
26 einer erhöhten Investitionsbereitschaft in den Altbaugebieten beiträgt. Nicht zuletzt
27 werden auf diese Weise Arbeits- und Ausbildungsplätze in kleinen und mittelständischen
28 Bau- und Handwerksbetrieben geschaffen.

29
30 In den Innenstädten verschönern hochwertig sanierte Gebäude das Stadtbild. Sie
31 machen das Wohnen, Arbeiten und Einkaufen in den Zentren attraktiver und steigern
32 die Identifikationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger mit Stadt und Region.

1 Zu den freiheitlichen Bürgerrechten gehören sowohl die Mobilität des Einzelnen als
2 auch die Teilhabe der Regionen am wirtschaftlichen und kulturellen Austausch. Zu
3 den vom Staat zu schaffenden Rahmenbedingungen gehört neben der Bereitstellung
4 der Infrastruktur durch ein gut ausgebautes Straßen- und Schienennetz sowie durch
5 Wasserstraßen und Flugverbindungen auch die Organisation des öffentlichen
6 Personennahverkehrs. Durch intelligente, flexible Lösungen sind in diesem Bereich
7 insbesondere medizinische und soziale Dienstleistungen zu erhalten und
8 auszubauen.

9

10 Unerlässlich ist dabei auch die Erhaltung und Unterstützung privater Initiativen.
11 Durch Stärkung des ehrenamtlichen Engagements können Gestaltungsspielräume
12 gewonnen werden, mit denen im Sinne der Schaffung gleichwertiger
13 Lebensverhältnisse ein Ausgleich staatlicher Defizite möglich ist.

14

15 **ZUKUNFT: finanziell verantwortungsbewusst**

16 Der Liberalismus setzt sich für ein möglichst freies, eigenverantwortliches Leben
17 unserer Bürger ein. Ein liberaler Staat beschränkt sich demzufolge auf die Aufgaben,
18 die erforderlich sind, um die staatliche Ordnung und die Freiheit des Einzelnen
19 sicherzustellen und dem Einzelnen möglichst gleichwertige Lebenschancen zu
20 sichern. **Dabei muss jede Generation die finanziellen Grundlagen für die**
21 **staatlichen Leistungen selber erwirtschaften. Grundsätzlich darf sich keine**
22 **Generation Leistungen zu Lasten kommender Generationen verschaffen.** Die
23 Staatsverschuldung nimmt den künftigen Generationen Gestaltungsmöglichkeiten
24 und damit Entwicklungschancen. Deshalb treten Liberale für ein
25 Neuverschuldungsverbot ein. Dazu muss sich unser Staat auf seine Kernaufgaben
26 beschränken.

27

28 Für alle staatlichen Aufgaben ist die effizienteste Form der Umsetzung zu wählen,
29 wobei darauf zu achten ist, dass nicht in immer stärkerem Umfang
30 Verwaltungstätigkeiten auf die Bürger abgewälzt werden. Auch die Wahrnehmung
31 staatlicher Aufgaben durch Private ist kein Wert an sich, aber immer dann sinnvoll,
32 wenn die Aufgabenwahrnehmung zumindest in gleichwertiger Qualität und zu
33 gleichen Kosten erfolgen kann.

34

1 Im liberalen Verständnis sind Investitionen auch jene Ausgabenanteile, die das Land
2 als Wirtschaftsstandort stärken, also auch Ausgaben für Forschung und
3 Wissenschaft und nicht nur für Bauten, Anlagen und Verkehrsinfrastruktur.

4

5 **ZUKUNFT leben**

6 **ZUKUNFT: Umwelt**

7 **Liberale Umweltpolitik geht in erster Linie von der Eigenverantwortung der**
8 **Menschen aus** und weist dem hoheitlichen Schutz einen weiten Rahmen zu. Dieser
9 Grundsatz beruht auf der Überzeugung, dass die Menschen grundlegendes
10 Interesse daran haben, dass die Umwelt in der sie leben, die sie prägen und die sie
11 prägt, auch künftig intakt und lebenswert bleibt. Eine solche Politik steigert auch die
12 Akzeptanz bei den von Umweltschutzmaßnahmen betroffenen Menschen, werden
13 sie doch nicht als bloße Objekte der Regulierung betrachtet, sondern als
14 ernstzunehmender Partner.

15

16 Umweltpolitik hat sich am Prinzip der Nachhaltigkeit zu orientieren. So werden die
17 ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte gleichermaßen berücksichtigt
18 und gegeneinander abgewogen. Ziel ist es dabei stets, die natürlichen
19 Lebensgrundlagen im Interesse der heutigen wie auch der künftigen Generationen
20 dauerhaft zu schützen. Die liberale Umweltpolitik der Zukunft muss als Teil der
21 Ökologische Marktwirtschaft verstanden werden und ein Beitrag sein zur
22 Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Sie vereinigt Ökonomie und
23 Ökologie, indem sie Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln ermöglicht und
24 nicht, wie bisher, ausschließlich mit Ver- und Geboten. **Klimaschutz und**
25 **Ressourcenschonung sind vor dem Hintergrund des Klimawandels zentrale**
26 **Aufgaben einer generationengerechten liberalen Umweltpolitik.** Es gilt
27 besonders in diesen wichtigen Feldern, die effizientesten Methoden sowohl der
28 Energienutzung als auch der CO₂-Verringerung einzusetzen. Dazu bedarf es
29 unbedingt der Innovationskraft des Marktes.

30

31 Die vielfache Ausgrenzung des Menschen und seiner Tätigkeiten aus der Natur- und
32 Kulturlandschaft begreifen die Bürger zunehmend als Bevormundung. Hier muss mit
33 neuer Umweltpolitik den Menschen vor Ort wieder die Entscheidungsfreiheit

1 zurückgegeben werden, ohne dass dadurch die Schönheit und Vielfalt unserer
2 Heimat beeinträchtigt wird.

3

4 **Die FDP bekennt sich zur Stärkung eines bezahlbaren Vertragsnaturschutzes.**

5 Der zu vereinbarende Maßnahmenkatalog des Vertragsnaturschutzes ist ein
6 geeignetes Instrument, um in Kooperation mit der Landwirtschaft auf freiwilliger Basis
7 Ziele des Natur-, Landschafts- und Trinkwasserschutzes umzusetzen. Kontinuität,
8 Verlässlichkeit, Planbarkeit für die landwirtschaftlichen Betriebe und
9 Effizienzsteigerung der naturschutzfachlichen Maßnahmen bestimmen dabei das
10 Handeln, davon profitieren die Natur und die landwirtschaftlichen Betriebe
11 gleichermaßen.

12

13 Boden ist ein knappes Gut und hochkomplexer Naturkörper, um den unterschiedliche
14 Nutzungen konkurrieren. Die Nutzung des Bodens sollte daher so erfolgen, dass die
15 natürlichen Verhältnisse berücksichtigt werden und nach Nutzungsaufgabe auch
16 wiederhergestellt werden können. Das betrifft insbesondere den Rückbau von
17 Industrie- und Agrarbrachen.

18

19 Sauberes Wasser ist neben sauberer Luft die wichtigste Grundlage allen Lebens auf
20 unserer Erde. Um diese kostbare Ressource zu schützen, sind die Qualität des
21 Grundwassers und der Gütezustand der Oberflächengewässer im Rahmen
22 europäischer Vorgaben weiter zu verbessern. Dabei setzt die FDP vor allem auf die
23 Kooperation mit der Landwirtschaft. Darüber hinaus sind zur Entlastung der Bürger
24 bei der Abwasserbehandlung modernste Techniken und effizienteste
25 Organisationsstrukturen gefordert. Dies kann von privatwirtschaftlichen Unternehmen
26 oft genauso gut oder besser gewährleistet werden als durch den Staat.

27

28 Wie die Hochwasser in den vergangenen Jahren wieder vor Augen geführt haben, ist
29 der Hochwasserschutz im Binnenland eine wichtige Daueraufgabe. Wir setzen uns
30 dafür ein, dass die Menschen entlang der Flussläufe durch ein umfassendes und
31 nachhaltiges Hochwassermanagement geschützt werden.

32

33 Die Grüne Gentechnik bietet viele Chancen, die genutzt werden sollten, ohne dass
34 dabei die Risiken außer Acht gelassen werden. Ohne die Grüne Gentechnik werden

1 wir an der züchterischen Weiterentwicklung unserer Kulturpflanzen nicht mitwirken
2 können. Resistenzen gegen Schadorganismen, Verbesserungen der Inhaltsstoffe
3 von Kulturpflanzen zur Nutzung als Energiepflanzen für eine Steigerung der
4 Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien, kostengünstige Arzneimittelproduktion
5 in Pflanzen und Verbesserungen der Zellulosefasern sind einige der Perspektiven
6 dieser Züchtungsmethode, die einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit erbringen.

7

8 Über eine ausreichende und ehrliche Kennzeichnung gentechnisch veränderter
9 Produkte oder Zutaten ist die Wahlfreiheit der Verbraucher sicherzustellen. Die
10 landwirtschaftliche Urproduktion, Saatgutwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung
11 i.w.S. darf nicht in den Händen weniger marktbeherrschender Konzerne oder Kartelle
12 sein. Die FDP nimmt bestehende Ängste von Landwirten und Verbrauchern ernst,
13 wird die Forschung und Entwicklung sorgfältig beobachten und prüfen und ihre
14 eigene Position danach ausrichten.

15

16 **Umweltbildung ist die Grundlage in der Umweltpolitik, um für den Schutz der**
17 **Umwelt und Natur eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen.** Nur
18 wer über die Schönheit und Vielfalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen informiert
19 ist und sie versteht, ist auch bereit, sich selbst umweltbewusst zu verhalten und sich
20 aktiv für den Schutz der Umwelt einzusetzen.

21

22 **ZUKUNFT: sicher und frei leben**

23 **Die Liberalen bekennen sich zur Freiheit der Bürger, die in eigener**
24 **Verantwortung ihr Leben gestalten. Dabei beschränken sich die Aufgaben des**
25 **Staates darauf, die Freiheitsrechte der Bürger zu sichern.** Das Recht der Bürger
26 auf Sicherheit bedingt sich aus ihren Freiheitsrechten. Folgerichtig tritt in der
27 Abwägung die Sicherheit im Zweifel immer hinter die Freiheit zurück. Die
28 Verteidigung der Bürgerrechte gegen immer neue Eingriffe zum angeblichen Schutz
29 der Allgemeinheit bleibt unser Anliegen. Mangelnder Mut zu Freiheit und
30 Verantwortung führt zu staatlicher Vereinnahmung und Bevormundung. Jeder Eingriff
31 in die Bürgerrechte muss erforderlich, geeignet und angemessen sein. Denn nicht
32 jede rechtstaatliche Maßnahme ist angemessen und nicht jede machbare auch
33 geeignet. Jeder Eingriff muss später einer Evaluierung standhalten.

34

1 Für uns Liberale ist klar, der Staat muss seine Bürger schützen und der Staat muss
2 die Freiheiten seiner Bürger schützen. In den vergangenen Jahren sind viele
3 Versuche unternommen worden, die Freiheit der Bürger und ihre Rechte
4 einzuschränken. Zumeist wird argumentiert, dies sei für die Sicherheit der Bürger
5 und oder des Staates notwendig. Einige behaupten gar, die Freiheitsrechte der
6 Bürger müssen hinter den Sicherheitsinteressen des Staates zurücktreten. Dem
7 stellen wir Liberale uns entgegen. Für uns gilt: „Es gibt keine Freiheit ohne
8 Sicherheit, aber auch keine Sicherheit ohne Freiheit“. Jede gesetzliche Regelung
9 und jede Maßnahme muss einen Gewinn an objektiver Sicherheit bringen und die
10 Einschränkung der Bürgerrechte muss verhältnismäßig sein.

11

12 Für Sachsen-Anhalt bedeutet dies, die bestehenden sicherheitsrechtlichen
13 Regelungen fortlaufend auf die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu
14 überprüfen. Neben den gesetzlichen Grundlagen sind auch eine ausreichende
15 personelle Stärke und eine angemessene Sachausstattung der Sicherheitsbehörden
16 zu garantieren.

17

18 Maßstab für Legitimität und Umfang staatlichen Handelns sind dabei die
19 unabweisbar notwendigen Vorkehrungen zum Schutz von Leib, Leben und Eigentum
20 und damit der Freiheitsrechte der Bürger. Art und Umfang dieser Vorkehrungen
21 leiten sich ab aus den zu erwartenden wahrscheinlichsten Bedrohungen für diese
22 Güter.

23

24 Auch Sachsen-Anhalt wird künftig verstärkt von durch den Klimawandel bedingten
25 Naturereignissen und deren Auswirkungen betroffen sein, zusätzlich sind gezielt
26 herbeigeführte Beeinträchtigungen des Gemeinwesens und dessen Infrastruktur
27 durch weltanschaulich motivierte Gruppierungen nicht auszuschließen.

28 Deshalb bedarf es neben soliden gesetzlichen Grundlagen auch einer ausreichenden
29 personellen und materiellen Ausstattung der mit den Aufgaben der Daseinsvorsorge
30 und Landesverteidigung betrauten Institutionen wie Sicherheitsbehörden und Zivil-
31 und Katastrophenschutzeinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt. Insbesondere
32 die Bundeswehr trägt in einem vernetzten gesamtstaatlichen Ansatz mit ihren
33 Fähigkeiten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zum Schutz der Bürger und
34 Bürgerinnen sowie von lebenswichtiger Infrastruktur im Inland bei. Daher ist die

1 Ausgestaltung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit eine wichtige Voraussetzung
2 für den optimalen Einsatz von Truppenteilen und Dienststellen der Bundeswehr zur
3 Unterstützung ziviler Behörden im Rahmen der Bewältigung von Naturkatastrophen
4 und besonders schweren Unglücksfällen nach dem Subsidiaritätsprinzip.

5

6 Die Privatsphäre der Menschen ist heute und in Zukunft unabdingbar für die Freiheit.
7 Diese Privatsphäre muss auch in der Informationsgesellschaft mit rasanter
8 technischer Fortentwicklung durch den Staat garantiert werden.

9

10 Eine gut funktionierende und unabhängige Justiz stellt einen positiven Standortfaktor
11 dar. Bürgernähe und eine gute personelle sowie sächliche Ausstattung von
12 Gerichten und Staatsanwaltschaften stehen hierbei im Vordergrund.

13

14 **ZUKUNFT: sportlich aktiv**

15 Der Sport nimmt in der heutigen Gesellschaft einen zunehmend wichtigeren Platz
16 ein. **Neben der Förderung des Mannschaftsgeistes und der**
17 **Leistungsbereitschaft kommt dem Sport als Prävention gegen Krankheiten,**
18 **sowie gesellschaftspolitische Aufgaben, wie die Integration etwa von Kindern**
19 **mit Migrationshintergrund, eine besondere Bedeutung zu.**

20

21 Die Gesellschaft unterstützt den Sport aus drei Überlegungen heraus:

- 22 • den Kinder- und Jugendsport zur Schaffung einer gesunden Lebenshaltung
- 23 • den Breitensport zur sinnvollen Freizeitgestaltung und Prophylaxe
- 24 • den Leistungssport zur Talentförderung und Vorbildfunktion.

25

26 Natürlich liegt Sport zunächst im Interesse jedes Einzelnen und wird vielfach auch
27 nicht aufgrund gesundheitlicher Überlegungen sondern aufgrund des Unterhaltungs-
28 und Freizeitwertes betrieben.

29

30 Wesentliches Element der staatlichen Förderung ist deshalb die Bereitstellung
31 preiswerter Sportstätten. Land und Kommunen sorgen im Rahmen der
32 Pflichtaufgabe Sport für eine Infrastruktur, die der Demografie und den regionalen
33 Erfordernissen entspricht. Schulstandorte sind mit einer Mindestausstattung von
34 Freianlagen und Sporthallen zu versehen. Für Sportarten, die als Leistungssport

1 besonders gefördert werden, ist im Land mindestens je eine Anlage zur Austragung
2 von überregionalen Wettkämpfen vorzuhalten.

3

4 Neben dem Angebot an Sportanlagen ist es für das Land von Interesse, ein enges
5 Netz an Trainern und Übungsleitern, Vereinen und kommerziellen Sportangeboten
6 sicherzustellen, um eine möglichst breite Bevölkerung anzusprechen. **Vereins- und**
7 **Schul-, sowie Hochschulsport müssen sich sinnvoll ergänzen.**

8

9 Die Förderschwerpunkte werden von Land und Landessportverbänden
10 einvernehmlich festgelegt, mit der direkten Verteilung der Finanzmittel wird der
11 Landessportbund beauftragt. Dabei bekennen sich die Liberalen ausdrücklich auch
12 zur Förderung des Leistungssports und damit zu den Olympiastützpunkten und den
13 Sportschulen in Sachsen-Anhalt als Einrichtung zu Förderung junger
14 Leistungssportler.

15

16 Das bestehende System der Gemeinnützigkeit ist zu reformieren. Beiträge und
17 Zuwendungen an Sportvereine sind vom Einkommen/Betriebsergebnis voll
18 abzugsfähig. Alle Vereine unterliegen den normalen Steuergesetzen. Da
19 Steuerzahlungen nur im Falle des Gewinns entstehen, kann von einer
20 Unschädlichkeit für die klassischen Kleinvereine ausgegangen werden. Vergütungen
21 an Helfer, Übungsleiter und Vereinsvorstände sind einer Pauschalversteuerung ohne
22 Sozialabgabenpflicht zu unterwerfen.

23

24 **ZUKUNFT: freie Kommunen**

25 Die Kreise, Städte und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt sind der Garant für
26 Demokratie, Vorsorge und Solidarität vor Ort. Neben Recht und Gesetz sind es vor
27 allem die zwischenmenschlichen Beziehungen des Alltags, die das Funktionieren dieser
28 ältesten Form staatlichen Handelns bedingen. Um auch zukünftig die Kraft der
29 Kommunen zu erhalten, bedarf es einer Phase der Kontinuität. Gebietsveränderungen
30 dürfen nur dann vollzogen werden, wenn sie von den Bürgern der beteiligten
31 Gemeinden gewünscht sind. Ständige Neustrukturierungen schwächen das
32 ehrenamtliche Engagement.

33

1 Um zukünftigen Generationen notwendige Gestaltungsspielräume zu eröffnen,
2 müssen aber gerade die Kommunen ihre finanziellen Spielräume zurückgewinnen.
3 Das setzt gesunde Finanzen voraus, will man es nicht nachfolgenden Generationen
4 aufbürden, die hinterlassenen Schuldenberge abzutragen. Bund und Land sind
5 gefordert, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Kommunen zu
6 verbessern. Dazu zählt eine umfassende Neuordnung des kommunalen
7 Finanzierungssystems. **Die Kommunen brauchen eine solide, unbürokratische**
8 **und konjunkturunabhängige Finanzgrundlage.**

9
10 Ziel ist nicht ein bloßes Mehr an Einnahmen, sondern eine den zu erfüllenden
11 Aufgaben entsprechende Verteilung unter den verschiedenen Ebenen unseres
12 Staates, wie sie mit dem Konnexitätsprinzip in Sachsen-Anhalt vorgeschrieben sind:
13 Wer eine Leistung anordnet, hat sie auch zu bezahlen. Gesetze, die Kommunen
14 belasten, müssen einen vollständigen finanziellen Ausgleich vorsehen. Es ist deshalb
15 auch unerlässlich, für das Verhältnis zwischen Bund – Ländern und Kommunen
16 ebenfalls das Konnexitätsprinzip verfassungsrechtlich zu verankern.

17
18 Wir brauchen auch auf kommunaler Ebene ein Bewusstsein für konsequente
19 Schuldenbegrenzung und Schuldenabbau in Landkreisen, Städten und Gemeinden.
20 Basis für eine liberale Finanzpolitik ist ein offener Diskussionsprozess über den
21 notwendigen Umfang und die Qualität der notwendigen öffentlichen Aufgaben auf der
22 kommunalen Ebene. Die Kommunen müssen sich darüber klar werden, welche
23 Aufgaben sie zukünftig noch in welcher Qualität wahrnehmen wollen und können.

24
25 Um zukünftig den Kommunen die Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben im eigenen
26 Wirkungskreis zu ermöglichen, sollte eine Entstaatlichung der Gemeinden geprüft
27 werden. Inzwischen ist der Aufwand im übertragenen Wirkungskreis häufig größer,
28 als die Zuweisungen des Landes betragen, so dass den originären Funktionen das
29 Geld entzogen wird. Außerdem unterminiert die Unzuständigkeit des gewählten
30 Rates für einen Großteil der vor Ort erledigten Aufgaben das Demokratieverständnis
31 der Bürger. Die Kommunalaufsicht muss wieder der Bedeutung ihrer Aufgabe
32 entsprechend handeln. Allzu oft mündete mangelnde Fachaufsicht oder falsch
33 verstandene Überbetonung der kommunalen Eigenständigkeit in Minder- oder

1 Fehlerfüllung staatlicher Aufgaben. Hier bedarf es eines Haftungstatbestandes der
2 Aufsicht.

3

4 **ZUKUNFT: ehrenamtlich aktiv – gesellschaftlich gefördert**

5 **Eine freie und selbst bestimmte Bürgergesellschaft lebt von der**
6 **Eigenverantwortung und Initiative ihrer Bürger.** Dadurch ist sie in der Lage, sich
7 selbst zu tragen und ohne übertriebene staatliche Einflussnahme zu existieren und
8 Defizite bei der Wahrnehmung von Verantwortung durch staatliche Stellen zu
9 kompensieren.

10 Das Ehrenamt ist vielfältig. Alle Aktiven übernehmen freiwillig und unentgeltlich
11 wichtige Aufgaben in unserer Gesellschaft. Ihr Einsatz ist unverzichtbar und von
12 hohem Wert für Einzelne, Gruppen und für die Gesellschaft. Das Ehrenamt rekrutiert
13 sich aus dem Potential von Bürgern, die bereit sind, sich mit ihrer freiwilligen
14 Leistung und ihren Kompetenzen einzubringen. Gerade die Förderung und der Erhalt
15 des politischen Ehrenamtes sind für die Verankerung der Demokratie im
16 Bewusstsein der Bevölkerung unverzichtbar.

17

18 Das Ziel von Liberalen ist die Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen für die
19 Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie die Werbung für eine höhere
20 gesellschaftliche Akzeptanz des Ehrenamtes. Dies erhöht die Anreize zur Aufnahme
21 einer ehrenamtlichen Tätigkeit.

22

23 **Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ist es nötig:**

- 24 • Ehrenamtlichen eine ausreichenden Versicherungsschutz zu bieten. Eine
25 Anlehnung an die Privilegien der Beamten ist anzustreben. Dadurch könnte
26 eine Haftung nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit geltend gemacht
27 werden.
- 28 • Verwaltungsvorschriften, Verwendungsnachweise und Antragsunterlagen
29 weitestgehend zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.
- 30 • Ehrenamtlich Tätige fachspezifisch und auch fachübergreifend fortzubilden.
- 31 • Kommunalstrukturen vorzuhalten, die die unverzichtbare Tätigkeit des
32 Ehrenamtes auch ermöglichen. Dies ist beispielsweise in Großkreisen nicht
33 denkbar.
- 34 • Unbare Leistungen als Eigenleistungen der Träger anzuerkennen.

- Eine Haftungsbeschränkung ehrenamtlicher Vereinsvorstände sowohl in rechtlicher wie in finanzieller Hinsicht einzuführen.

ZUKUNFT: familiär und chancengerecht

Der Liberalismus setzt sich für die größtmögliche Freiheit des einzelnen Menschen in jeder gegebenen Situation ein. **Die Erhaltung und Entfaltung der Individualität persönlichen Daseins und der Pluralität menschlichen Zusammenlebens ist eines der Kernziele liberaler Politik. Wobei alle Menschen unseres Landes gleichwertige Chancen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten haben müssen.**

Die gegenwärtige Bilanz des Sozialstaats fällt, gemessen an unserem Ideal, negativ aus. Er ist ein konservativer Wohlfahrtsstaat, der die Sicherung eines einmal erreichten Lebensstandards verspricht. Er kann aber keine Sicherheit mehr vermitteln, da seine Systeme aufgrund des demografischen Wandels nicht mehr zukunftsfest sind. Steigende Gesundheitskosten, steigende Rentenbeiträge bei in Zukunft niedrigeren Rentenzahlungen, eine hohe Sockelarbeitslosigkeit sind bereits heute spürbare Auswirkungen. Der Sozialstaat hat die Menschen vielfach fürsorglich vernachlässigt, indem er Bedürftige zu Almosenempfängern degradiert, ihnen aber Anreize und Möglichkeiten, sich mit eigener Leistung um eine Verbesserung ihrer Lebenssituation zu bemühen, vorenthalten hat.

Vielen Personen bleibt eine individuelle Lebensgestaltung vorenthalten, da sie durch staatliche Stellen oder Renten-, Gesundheits- oder Sozialhilfeträgern in oft guter Absicht entmündigt werden. Eine kaum überschaubare Vielzahl von Maßnahmen, Programmen und Forderungen an eine anonyme Sozialbürokratie fördert zudem eine Einstellung, die davon ausgeht, dass gegenüber dem Staat in allen Lebenslagen Ansprüche bestehen. Gleichzeitig sorgt die Vielzahl von Kostenträgern für einen bürokratischen Dschungel, in dem sich die Bürger in zunehmendem Maße verlieren. Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit als Grundzüge einer liberalen Gesellschaft geraten in Gefahr, gefährdet nicht durch einen repressiven Staat, sondern durch die Hilfen eines vermeintlich fürsorglichen Staates. Er untergräbt kontinuierlich die Eigenverantwortung, aber auch die Mitmenschlichkeit, weil die Erfahrung, füreinander Verantwortung zu tragen, immer seltener wird. Er gefährdet bürgerschaftliches Engagement, weil sich der Helfende als überflüssig und anachronistisch vorkommt und weil individuelle Solidaritätsgesten vom System nur Grundsatzprogramm der Freien Demokratischen Partei

1 zu oft als störend betrachtet werden. Der real existierende Sozialstaat ist nicht
2 Garant der Freiheit, sondern eine Gefahr der Freiheit. Dies gilt in nahezu allen
3 Bereichen der Sozialpolitik.

4

5 Staat und Gesellschaft sind wir alle und Staat und Gesellschaft dürfen nicht alles.
6 Deshalb setzen Liberale auf den mündigen Bürger und erachten staatliches Handeln
7 nur dort als erforderlich, wo eigene Leistungsfähigkeit oder bürgerschaftliches und
8 zwischenmenschliches Engagement nicht ausreichen. In unserer Gesellschaft spielt
9 die Familie nach wie vor eine zentrale Rolle, wobei jede auf Dauer angelegte
10 Gemeinschaft als Familie betrachtet wird, in der, generationsübergreifend,
11 Verantwortung füreinander übernommen wird. Die Zahl der Menschen in unserem
12 Land, die ganz praktisch Verantwortung für die nächste Generation übernehmen,
13 nimmt aber stetig ab, die geringen Geburtenzahlen sind zunehmend zur Gefahr für
14 unsere sozialen Sicherungssysteme geworden, die auf eine generations-
15 übergreifende Finanzierung setzen.

16

17 Aber: Kein Mensch bekommt Kinder für den Staat. Die Entscheidung für oder gegen
18 Kinder fällen Menschen nach sehr individuellen Mustern, die aber ganz offensichtlich
19 zwei großen Trends unterliegen: Der Selbsteinschätzung über die eigenen
20 Zukunftsperspektiven und der Annahme über die Auswirkung von Kindern auf die
21 eigene Lebensgestaltung. In Sachsen-Anhalt wollen und müssen Männer und
22 Frauen erwerbstätig sein. Daher spielt die wirtschaftliche Entwicklung in unserem
23 Land eine dominierende Rolle bei der Entscheidung junger Menschen für oder gegen
24 Kinder. Da zumindest die Entscheidung für das erste Kind nicht geprägt sein kann
25 von eigenen Erfahrungen, welche Bereicherung Kinder für das Leben ihrer Eltern
26 sind, wird die Entscheidung für oder gegen ein Kind eben ganz wesentlich von eher
27 ökonomischen Kriterien beeinflusst. **Das bedeutet, dass die Öffentliche Hand auch
28 in Zukunft Rahmenbedingungen sicherstellen muss, die eine Vereinbarkeit von
29 Familie und Beruf gewährleisten.**

30

31 Um zu vermeiden, dass staatliche Hilfe Eigenverantwortung schwächt und junge
32 Menschen an die staatliche Abhängigkeit gewöhnt werden, muss der Staat vor allem
33 optimale Rahmenbedingungen, wie eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung
34 und eine gute schulische Bildung sichern. Darüber hinausgehende staatliche

1 Maßnahmen dürfen nur in den Fällen greifen, in denen junge Menschen tatsächlich
2 nicht ohne flankierende Maßnahmen auskommen.

3

4 **ZUKUNFT: gesund bleiben & selbstbestimmt leben**

5 Für Liberale ist es wichtig, dass alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können
6 und Eigenverantwortung übernehmen. Das können sie aber nur, wenn sie
7 gesundheitlich dazu in der Lage sind. Die größte Herausforderung für die
8 gesundheitliche Versorgung in unserem Land in den nächsten Jahren ist dabei die
9 demografische Entwicklung, wobei die FDP bereits ein Finanzierungskonzept
10 vorgestellt hat.

11

12 Unser Ziel ist eine Versorgung ohne Wartelisten und ein schneller unbürokratischer
13 Zugang zum Arzt und Krankenhaus. Wir unterstützen Maßnahmen, die

- 14 • die Beschäftigung und Ansiedlung junger Ärztinnen und Ärzte fördern,
- 15 • die Einrichtung von regionalen integrativen Versorgungszentren weiter
16 voranbringen,
- 17 • die es ermöglichen Präventionsprogramme systematisch einzusetzen und
- 18 • die den Angehörigen von Menschen mit Demenzerkrankungen die Betreuung
19 erleichtern.

20

21 „Ambulant vor stationär“ und „persönliches Budget“ sind zwei Schlagworte der
22 Sozialpolitik. Dabei muss es das Ziel sein, allen Menschen individuell abgestimmte
23 Hilfen anzubieten, die eine möglichst umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen
24 Leben ermöglichen. Sowohl im Bereich des Nachteilsausgleichs aufgrund von
25 körperlichen, seelischen oder geistigen Behinderungen als auch im Bereich der
26 Altenpflege muss gelten, dass den Bürgern unseres Landes ein selbstbestimmtes
27 Leben ermöglicht wird. Für alle Menschen ist der Tod ein unausweichlicher Teil des
28 Lebens. Die Liberalen setzen sich dafür ein, es allen mündigen Bürgern zu
29 ermöglichen, ihr Lebensende in Würde selbst zu bestimmen.

30

31 Die demografische Entwicklung zwingt uns noch stärker als bisher, alle Fähigkeiten
32 der Menschen in unserem Land optimal zu fördern. Defizite müssen möglichst früh
33 festgestellt werden. Um sicherzustellen, dass Kinderärzte die Möglichkeit haben,
34 Beeinträchtigungen bei der Entwicklung des Kindes festzustellen und Maßnahmen

1 zu empfehlen, sollte die Teilnahme an allen Vorsorgeuntersuchungen möglichst 100
2 Prozent betragen. Dies ist über eine stärkere Aufklärung der Eltern oder aktive
3 Terminerinnerungen der Arztpraxen und entsprechende Empfehlungen der Kassen
4 zu erreichen. Aufsuchende Maßnahmen dürfen nur in den Fällen erfolgen, in denen
5 konkrete Hinweise zur Vernachlässigung oder Missbrauch vorliegen. Wenn sich
6 dieser Verdacht bestätigt, sind alle erforderlichen staatlichen Maßnahmen
7 einzuleiten. Eltern unter einen Generalverdacht zu stellen, ist nicht akzeptabel.

8

9 **ZUKUNFT: aktiv älter werden**

10 **Den Kern liberaler Seniorenpolitik bildet die persönliche Freiheit und Selbst-**
11 **Bestimmung auch im Alter.** Diese Forderung ist ein Aufruf zu mehr Selbst-
12 Wertgefühl, zur Bewahrung von Selbstständigkeit, zu einem Selbst-Bewusstsein, das
13 sich mit Verantwortungsbewusstsein für andere verbindet. Selbstbestimmung im
14 Alter setzt Mitbestimmung voraus, im Sinne von Mitwirkungsmöglichkeiten in
15 Gesellschaft und Politik.

16

17 Die Integration von seniorenpolitischen Themen in alle liberalen Programme hat eine
18 wichtige Funktion für die Zielgruppe der älteren Wähler. So ist der Bereich Wirtschaft
19 und Arbeitsmarkt verbunden mit dem Thema Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer.
20 Der Bereich Verkehrspolitik und Mobilität umfasst zwingend auch die Mobilität älterer
21 Menschen, die deren Lebensqualität maßgeblich bestimmt. Eine ausreichende
22 finanzielle Ausstattung der Kommunen ist Voraussetzung für Investitionen im
23 Hinblick auf das Leben und Wohnen im Alter, die auch kommenden Generationen zu
24 Gute kommen wird.

25

26 Wir wollen das Bewusstsein stärken, dass ohne die aktive Mitwirkung der älteren
27 Generation die anstehenden Aufgaben nicht bewältigt werden können. Die
28 verantwortliche Mitarbeit der älteren Generation an den gesellschaftlichen
29 Entwicklungen steht für uns im Vordergrund. Sie setzt aber eine substantielle
30 politische Teilnahme voraus, allerdings muss die Initiative maßgeblich von den
31 Älteren selbst ausgehen. Seniorenpolitik wird in unserer Gesellschaft noch immer
32 mit Vorbehalten betrachtet, obwohl sie nicht nur der wachsenden Gruppe der Älteren
33 und Alten dient. Die Erkenntnis, dass Alter kein Endpunkt, vielmehr Altern ein
34 lebenslanger Prozess ist, führt heute zu einer differenzierenden Unterscheidung

1 zwischen den so genannten Jungen Alten, den Älteren und den Hochbetagten.
2 Neben steigender Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahl stehen dabei die
3 längere Leistungsfähigkeit älterer Menschen auf der einen Seite, die spezifischen
4 Kompetenzen, die man durch lange Lebenserfahrung erwirbt, auf der anderen Seite
5 im Vordergrund.

6

7

8 **Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist sie zu gestalten: zum Wohle der**
9 **Menschen und für unser Zukunftsland Sachsen-Anhalt!**